



SoVD stellt Wahlforderungen in Hannover vor

Seine „zehn Gründe, warum Niedersachsen mehr kann“ hat jetzt der SoVD-Landesverband Niedersachsen e.V. vorgestellt. „SoVD. So geht sozial“, sagt der Verband und erklärt mit seinen Forderungen zur Landtagswahl einen Politikwechsel zum Ziel – ohne allerdings eine Wahlempfehlung auszusprechen.

Kernpunkte sind Verteilungsgerechtigkeit, Pflege, Inklusion und die Einführung der Bürgerversicherung in allen Sicherungssystemen. „Ein Blick in die Wahlprogramme der meisten Parteien zeigt, dass Soziales nicht mehr an erster Stelle steht“, so Landesvorsitzender Adolf Bauer. Deshalb werde sich der SoVD noch mehr als bislang politisch einbringen. „Wenn Politik das Thema nicht besetzt, dann machen wir das eben“, gibt sich der Vorsitzende selbstbewusst und verweist auch auf die Mitgliedszahlen seines Verbandes: Nehme man die Mitglieder aller Parteien Niedersachsens zusammen, lande man bei weniger als der Hälfte der mehr als 273 000 SoVD-Mitglieder. „An uns kommt Politik nicht mehr vorbei“, so Bauer.

Plakate begleiten rund 60 Veranstaltungen

Mit drei Plakaten und dazu gehörigen Flugblättern begleitet der SoVD-Landesverband seine Reihe von rund 60 politischen Aktionen in ganz Niedersachsen. SoVD-Landesgeschäftsführer Dirk Swinke stellte die dazu entwickelten

Werbemotive vor, die zugespitzt Aufmerksamkeit für die sozialpolitischen Botschaften erzeugen sollen.

Altersarmut, Pflege und Inklusion

„Alterswohnsitz?“ beschreibe die ungerechte Verteilung des Geldes und das Risiko von Altersarmut. „Kein Zutritt?“ stelle fest, dass für die Umsetzung von gleichberechtigter Teilhabe aller Menschen auch die Barrieren in den Köpfen verschwinden müssen, so Swinke. „Pflege 08/15?“ bringe die Forderungen nach mehr Zeit, mehr Geld und neuen Ausbildungs- und Arbeitsstandards zum Ausdruck, erläutert der Verbandsmanager.

Vermögen muss gerecht umverteilt werden

Verteilungsgerechtigkeit ist einer der Schwerpunkte des SoVD. So fordert der Verband eine einmalige Abgabe und monatliche Steuern von besonders vermögenden Menschen. „Die Schere zwischen Arm und Reich wird immer größer, wir müssen das ändern“, so Bauer. Außerdem fordere der



Foto: Barbara Dräger

SoVD-Landesgeschäftsführer Dirk Swinke, SoVD-Landesvorsitzender Adolf Bauer und Landesvorstandsmitglied Ernst-Bernhard Jaensch stellten die Wahlforderungen bei einer Pressekonferenz im Niedersächsischen Landtag vor.

SoVD einen Mindestlohn von mindestens 8,50 Euro. „Wobei wir wissen, dass das nicht ausreicht“, sagt Bauer.

Im Bildungsbereich nennt er unter anderem die Wiedereinführung der Lernmittelfreiheit, die Schaffung weiterer Krippen- und Kitaplätze sowie die Abschaffung von Studiengebühren. „Inklusion geht nur ganz oder gar nicht – und das gelte nicht nur für die Bildung“, ist Bauer überzeugt und fordert unter anderem, dass Doppelstrukturen von allgemeinen und Förderschulen abgebaut werden müssen. Klar sei aber auch, dass Inklusion nicht nur auf die Schule beschränkt werden

dürfe. Für eine gleichberechtigte Teilhabe müsse insgesamt ein gesellschaftliches Umdenken in den Köpfen stattfinden. „Behinderte müssen in Niedersachsen wirklich gleichgestellt werden“, nennt Bauer als Ziel und als Beispiel die Erhöhung der Beschäftigungspflichtquote von 5 auf 6 Prozent.

Niedersachsen sieht Bauer auf dem Weg in den Pflege-notstand. Um den zu verhindern, müssten eine Reihe von Stellschrauben gedreht werden. Unter anderem sind dies die gesetzlich verankerte Abschaffung des Schulgeldes in der Altenpflege, die Erhöhung der Pflegesätze sowie eine neue

Definition des Pflegebedürftigkeitsbegriffes.

Kernforderung im finanziellen Bereich ist die Einführung der Bürgerversicherung – im Gesundheitswesen, der Pflege und der Rente. Die solidarische Absicherung der großen Lebensrisiken stecke in einer Krise. Arbeitslosigkeit, prekäre Beschäftigung & Co. hätten die Finanzierungsbasis geschwächt. Die Bürgerversicherung unter Einbeziehung aller Berufsgruppen sei perspektivisch zwingend erforderlich, um den Kollaps zu verhindern.

Die Wahlforderungen sind im Internet unter www.sovd-nds.de abrufbar. *bü*



Automaten sollen bedienerfreundlicher werden

Wie müssen Fahrkartenautomaten funktionieren, die an die spezifischen Bedürfnisse von älteren und behinderten Menschen angepasst sind? Mit dieser Frage beschäftigt sich das EU-weite Projekt „APSiS4all“, an dem neben dem SoVD-Landesverband Niedersachsen e.V. unter anderem auch die Unternehmen Höft & Wessel und CURE aus Österreich beteiligt sind. Das Ziel des Projektes: Mehr Bedienerfreundlichkeit für die Zielgruppe. So soll beispielsweise die an den Automaten genutzte Software optimiert werden, damit die Sprachausgabe oder auch die Größe der Bedienfelder angepasst werden können.

Deshalb hat der SoVD in Niedersachsen durch gezielte Befragung die Anforderungen an einen Fahrkartenautomaten analysiert. Eine Gruppe aus älteren Personen, Blinden und Menschen mit Sehbehinderung sollten während eines Praxistests eine Fahrkarte kaufen. Im Anschluss wurden sie mithilfe eines Fragebogens zu ihren Erfahrungen befragt.

Dabei wurde deutlich, dass es bei den Fahrkartenautomaten, die derzeit im Einsatz sind, noch Verbesserungsbedarf gibt. Insbesondere Menschen, die blind

sind oder eine Sehbehinderung haben, stießen bei den Tests auf große Schwierigkeiten. Die Ergebnisse der Befragung fließen direkt in die Entwicklung der Ticketautomaten und der entsprechenden Software durch Höft & Wessel ein.

Aus den Ergebnissen der Befragung wurde eine Karte – die sogenannte „SmartCard“ – entwickelt, die ab Anfang des kommenden Jahres bei dem in Paderborn ansässigen Verkehrsunternehmen „PaderSprinter“ erprobt wird. Mit dieser Karte soll die Bedienung

der Automaten künftig einfacher werden. Denn: Auf der Karte sind individuelle Nutzerdaten, wie etwa Schriftgröße, Farbe und Kontrast der Bedienoberfläche, abgespeichert. Sobald die Karte in den Fahrkartenautomaten eingeführt wird, werden die jeweiligen benötigten Einstellungen übertragen und angezeigt. Die Automaten stellen sich somit von selbst auf die persönlichen Bedürfnisse und Präferenzen des einzelnen Fahrgastes ein.

Mit der neuen Software und der „SmartCard“ verringern



Grafik: Höft & Wessel

Mit dieser „SmartCard“ können unter anderem Schriftgröße und Kontraste des Bildschirms an den jeweiligen Fahrgast automatisch angepasst werden.

sich die Eingaben, die der Nutzer für den Kauf einer Fahrkarte tätigen muss, deutlich. So soll die Benutzerfreundlichkeit an den Selbstbedienungsauto-

maten verbessert werden. Die „SmartCard“ wird etwa ein Jahr lang in den Bussen in Paderborn auf ihre Alltagstauglichkeit getestet.